



NRWinfo

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
IV NRW

Heft 2/2014

2. Quartal

www.bund-nrw.de



Energiewende retten!

5.000 Menschen demonstrierten am 22. März in Düsseldorf gemeinsam mit dem BUND für die Rettung der Energiewende.



BUND-Kampagne

Energiewende retten!


„Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom!“ Unter diesem Motto gingen in den letzten Monaten Zehntausende auf die Straße, um gegen ein Ausbremsen der Energiewende zu demonstrieren. Als größter deutscher Umweltverband immer in vorderster Linie mit dabei - der BUND.

Die Pläne der Großen Koalition in Berlin zur Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) sorgen seit Monaten landauf landab für heftige Diskussionen. Zehntausende gingen am 22. März in sieben Landeshauptstädten und zuletzt am 10. Mai in Berlin auf die Straße, um gegen das befürchtete Ausbremsen der Energiewende zu demonstrieren. Initiiert wurden die Großdemonstrationen von einem Aktionsbündnis aus BUND, dem Kampagnennetzwerk compact, „ausgestrahlt“ und den NaturFreunden Deutschlands. Weitere etwa 30 Gruppen und Initiativen unterstützten die Demo in Düsseldorf. Insgesamt etwa 5.000 KlimaschützerInnen waren auf den Johannes-Rau-Platz gekommen, um ein deutliches Zeichen für die erneuerbaren Energie zu setzen.

Die Demonstrierenden forderten das entschlossene Weiterführen der Energiewende, einen Ausstieg aus der Kohleverstromung und ein gesetzliches Fracking-Verbot. „Nordrhein-Westfalen kommt als Energieland Nummer 1 mit den höchsten Treibhausgasemissionen eine Schlüsselrolle zu. Scheitert NRW beim Klimaschutz, scheitert auch Deutschland“, mahnte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. Sticht appellierte an NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, endlich konsistent im Sinne des NRW-Klimaschutzgesetzes zu handeln. „Versuchen Sie nicht hinten rum, die Kohle weiter zu stützen. Wir brauchen ein Kohleausstiegsgesetz und keinen Rettungsschirm

für Klimakiller-Kraftwerke.“ Neben den weiterhin vorgesehenen Privilegien für klimaschädliche Kohlekraftwerke sieht der Entwurf zur EEG-Novelle vor allem eine Deckelung der Ausbaukorridore für erneuerbare Energien und Vermarktungshindernisse für dezentrale Erzeuger vor. Auch soll die Vergütung für Windkraftanlagen im Binnenland sinken. Das aber gefährdet insbesondere auch die Ziele des NRW-Klimaschutzministers Johannes Remmel. Nach dessen Plänen soll der Anteil der Windkraft an der hiesigen Stromerzeugung von heute vier auf 15 Prozent im Jahr 2020 steigen.

Dieses Ausbauziel bleibt aber unerreichbar, wenn die Pläne der GroKo umgesetzt werden. Auf einer gemeinsamen Landespressekonferenz am 11. April appellierten daher der BUND und der Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) an die Landesregierung, sich stärker für die Rettung des EEG einzusetzen. „Die geplante EEG-Novelle ist Gift für den Klimaschutz“, sagte BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen. „NRW wird sein im Klimaschutzgesetz verankertes Ziel einer Reduktion der Treibhausgase bis 2020 um mindestens 25 Prozent gegenüber 1990 definitiv verfehlen, wenn der Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht gestoppt wird.“ Zudem, so der LEE-Chef Andreas Düser, entgingen dem Land umweltfreundliche Investitionen in Höhe von bis zu neun Milliarden Euro. Viel Zeit bleibt nicht mehr. Das reformierte EEG soll zum 1. August 2014 in Kraft treten. (dj)

 www.bund-nrw.de/energie

Tierischer Weg zum Biotopverbund

Auf der südlichen Bergischen Heideterrasse zwischen Köln, Bergisch Gladbach und Rösrath setzt der BUND gemeinsam mit dem Dachverband Bündnis Heideterrasse seit fünf Jahren auf den tierischen Weg zum Biotopverbund. Nach dem ursprünglichen Vorbild von Wisenten, Rothirschen und Wildpferden wandern eine Ziegen-Schaf- sowie eine Eselherde mehrfach jährlich zwischen den Naturschutzgebieten Wahner Heide, Schluchter Heide, Königsforst und Dellbrücker Heide hin und zurück - eine viertägige „Reise“ mit zahlreichen Aufenthalten. Dabei fungieren die Tiere als „Austauscher“ von Arten und ihrem Genpool: kleine Tiere, Samen und Pflanzenteile können unter den Hufen, im Fell oder Darm von Gebiet zu Gebiet gelangen und gegenseitig befruchtend wirken.

Grundlage für den Erfolg einer solchen Trift sind ein noch zumindest weitgehend zusammenhängender Freiraumkorridor und mehrere „Rastplätze“, wo die Tiere ihren Einfluss ausüben dürfen. So gehört es zu den wichtigen Aufgaben des Projekts, möglichst viele Trittsteinbiotope zu sichern, die durch den Einfluss der Tiere langfristig wieder aufgewertet werden können. Sie sollen die „Perlen“ an der Schnur sein, an der sich zukünftig gefährdete Arten wie die Zauneidechse oder die Heidenelke mit ihren derzeit noch isolierten Vorkommen wieder ausbreiten können. Auf dem Weg dahin ziehen die Ziegen und Esel immer wieder die

Aufmerksamkeit auf sich und sind so ideale Botschafter für den Biotopverbund und die Wiedervernetzung von Lebensräumen. (hs)

 www.heideterrasse.net



Landesregierung verkleinert Tagebau Garzweiler II - Ist das der Einstieg in den Ausstieg?

Die Entscheidung der Landesregierung vom 28. März, den Braunkohletagebau Garzweiler II zu verkleinern, überraschte nicht nur die uneingeweihte Öffentlichkeit, auch die Medien waren perplex. Reflexartig kam die Kritik aus dem Oppositionslager und der IGBCE, allein RWE hielt sich auffällig zurück.

Doch ist das der Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohle? Hat die Landesregierung endlich erkannt, dass die Klimaschutzziele nur ohne Braunkohle erreicht werden können?

Mitnichten. Für Hannelore Kraft ging es in erster Linie darum, den grünen Koalitionspartner bei Laune zu halten. Dabei wird schnell übersehen, dass Rot-Grün gleichzeitig die Umsiedlung von mehr als 1.600 Menschen in Keyenberg und dessen Nachbarorten beschlossen hatte. Erst für die Zeit nach 2030 soll eine neue Leitentscheidung die Rolle der Braunkohle im zukünftigen Energiemix definieren.

Trotzdem ist die Entscheidung ein großer Fortschritt und ein Erfolg der Grünen. Letztere konnten damit einen Teil ihres im

Zuge der Genehmigung des Tagebaus in den 1990er Jahren erlittenen Vertrauensverlustes wieder gutmachen. Erstmals in der bundesdeutschen Bergbaugeschichte wurde ein genehmigter Tagebau nachträglich verkleinert. 1.360 Menschen in Holzweiler und Umgebung bleibt das schwere Schicksal einer Zwangsumsiedlung erspart. 300 Millionen Tonnen Kohlendioxid werden nicht in die Atmosphäre geblasen.

Mit seiner erfolgreichen Verfassungsbeschwerde gegen Garzweiler II hatte der BUND den Anlass für das Überdenken der Tagebauplanung gegeben.

Hinter den Kulissen haben wir versucht, die Bagger noch vorzeitig zu stoppen. Darauf wollte sich die SPD (noch?) nicht einlassen. Aber eine erste zarte Abkehr von der Kohlevorrangpolitik ist erfolgt. Bleibt zu hoffen, dass die SPD endlich ihren ideologischen Ballast abwirft und sich ohne Wenn und Aber zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik ohne Braunkohle bekennt.

Dirk Jansen
www.bund-nrw.de/braunkohle

Kommentar





Umweltstaatssekretär Horst Becker im Einsatz für die Wildkatze. Gemeinsam mit dem BUND-Landesvorsitzenden Holger Sticht und Projektleiterin Christine Thiel informierte Becker die Medien über das BUND-Projekt „Wildkatzensprung“. Fotos: J. Siebert

Erforschung der Wanderkorridore

Wildkatzen als Weitwanderer unterwegs

Seit diesem Jahr spürt der BUND der Europäischen Wildkatze auch im Rechtsrheinischen, genauer gesagt im Lohmarer Wald nach. Im Rahmen des durch Bundes- und Landesumweltministerium geförderten Projekts „Wildkatzensprung“ wird versucht, die Bestandsentwicklung der stark gefährdeten Art zu verfolgen. Durch dasselbe Projekt waren vor zwei Jahren Neufunde der Wildkatze im Kottenforst bei Bonn gelungen.

Mehrere Wildkatzenbotschafter des BUND und des Bündnis Heideterrasse hatten in den vergangenen Wochen unter wissenschaftlicher Anleitung von Dr. Christine Thiel Lockstöcke im Wald zwischen Lohmar und Siegburg aufgestellt. Dabei macht man sich

die Anziehungskraft von Baldrian zu Nutze, die viele Hauskatzenbesitzer von ihren Lieblingen kennen: Angelockt durch den für sie unwiderstehlichen Duft reiben sich die Katzen an den aufgerauten Holzleisten und hinterlassen dabei Haare, anhand derer man Art, Geschlecht und Verwandtschaft ermitteln kann.

Der Lohmarer Horst Becker, parlamentarischer Staatssekretär im Landesumweltministerium, zeigte sich schon mal angetan und installierte selbst einen Lockstock: „Nur wenn wir die Lebensräume und Wanderkorridore kennen, können wir die Wildkatze, und mit ihr zahlreiche andere bedrohte Arten auf Dauer erfolgreich schützen“. Durch Verfolgung und Zerschneidung der Landschaft mit

Verkehrswegen waren die einst über ganz Mitteleuropa verbreiteten Europäischen Wildkatzen auf wenige, zersplitterte Restareale wie die Eifel zurück gedrängt worden. Dank des verbesserten Schutzes scheint sie in den letzten Jahren verloren gegangene Lebensräume wiederzubesiedeln. Damit sie sich erfolgreich etablieren kann, sollen die Biotope, aber auch ihre Wanderwege aufgewertet werden.

Ob die Wildkatze auch schon nach Lohmar zurück gefunden hat, wird erst nach Auswertung der zahlreichen Proben beantwortet werden können. Ein Ergebnis ist Ende des Jahres zu erwarten. (hs)

 www.bund-nrw.de/wildkatze,
www.lohmarer-wald.net



Wildkatze, Haselmaus und Co. in Gefahr

Trotz aller Bekenntnisse zum Biodiversitätsschutz mangelt es an den erforderlichen Maßnahmen. Während so zum Beispiel das eine Ressort die Wanderkorridore der Wildkatze zu entwickeln versucht (s.o.), torpediert das andere Ressort diese Bemühungen. Insbesondere beim Straßenbau bleibt der Artenschutz oft auf der Strecke. So würde der aktuell geplante Bau der B 508 „Teil-Ortsumgehung Kreuztal“ Lebensräume zahlreicher Arten, u.a. des vom Aussterben bedrohten Haselhuhns und der „FFH-Art“ Haselmaus, beeinträchtigen. Auch liegen ernstzunehmende Hinweise auf Vorkommen der Wildkatze und des Fischotters vor. Eine etwas schonendere Alternative in Form eines Tunnelbauwerks wurde ab 1995 nicht in die weiteren Planungsüberlegungen mit einbezogen. Die aktuelle Meldung des Landes zum Bundesverkehrswegeplan 2015 nennt zwar die Tunnellösung als Alternativprojekt, aufgrund des laufenden Planfeststellungsverfahrens besteht jedoch die Befürchtung, dass die Tunnelvariante nicht ernsthaft in Erwägung gezogen wird. Die Naturschutzverbände lehnen die Planung daher komplett ab. Dies ist nur ein Beispiel aus der Vielzahl der Beteiligungsverfahren, die vom Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen koordiniert werden. Die Stellungnahme zu dem Verfahren sind auf www.lb-naturschutz-nrw.de unter „Aktuelle Meldungen“ veröffentlicht.

Biotopverbund par excellence:

Lebendige Gewässer

Durchgängige Gewässersysteme stellen ein wesentliches Element des Biotopverbunds dar. Seit dem Jahr 2000 ist die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ein starkes Instrument zum Schutz und zur Wiederherstellung von naturnahen, verbundenen Gewässersystemen. Nicht nur Behörden sind aufgefordert, die Ziele der WRRL umzusetzen. Auch die Öffentlichkeit ist aufgerufen, sich einzubringen. Ab Ende April startet die zweite lokale Beteiligungsrunde zur Wasserrahmenrichtlinie in Form von Runden Tischen. Bis zum Jahr 2015 sollen gemäß der Richtlinie alle EU-Gewässer einen guten ökologischen Zustand aufweisen. Bisher ist das aber allein in NRW bei über 90 Prozent der Fließgewässer nicht der Fall.

Es besteht also Handlungsbedarf. Alle Aktiven im Natur- und Gewässerschutz können sich bei der Maßnahmenplanung einbringen. Das Wassernetz NRW, ein gemeinsames Projekt der Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU, bietet dafür die notwendige Unterstützung. Projektleiter Christian Schweer und Nora Guttmann haben jetzt für die lokalen Beteiligungsrunden ein Paket mit hilfreichen Informationen, Ansprechpartnern und Checklisten zusammengestellt. In der Broschüre: „Kurs auf lebendige Gewässer – Tipps für Initiativen vor Ort“ werden Praxisbeispiele aufgeführt, wie der Gewässerschutz vor der eigenen Haustür gelingen kann. Die brandneue Broschüre „Gewässerschutz für Vielfalt – Tipps für Renaturierungen vor Ort“ liefert praktische Hinweise für Projekte in Eigeninitiative.

Wer sich schnell und bequem mit anderen Aktiven über Themen des Gewässerschutzes austauschen

möchte, dem bietet das WassernetzWIKI eine interaktive Plattform. Hier können eigene Projekte vorgestellt oder Anregungen durch bereits umgesetzte Gewässerschutzprojekte kommuniziert werden. Das WassernetzWIKI ermöglicht es darüber hinaus zu dokumentieren, an welchen Stellen noch Verbesserungsbedarf besteht, z.B. wo Gewässerrandstreifen fehlen, ein Fluss nicht durchgängig ist oder Grundwasserbelastungen drohen. Gewässerschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe - machen Sie mit! (ng)



Alle Infos und die Wassernetz-Broschüren als Download: www.wassernetz-nrw.de

Das Wassernetz-Team im Einsatz: Gemeinsam mit Luzie Fehrenbacher (l.) vom BUND Jüchen wird der Jüchener Bach ökologisch optimiert. Foto: J.L. Fehrenbacher



BUND-Aktion für dichte Abwasserkanäle

Der Landtag NRW hat 2013 eine Änderung des Landeswassergesetzes (LWG) und die sog. „Selbstüberwachungsverordnung Abwasser“ beschlossen. Danach ist eine verbindliche Dichtheitsprüfung der Abwasserkanäle bis Ende 2015 weitgehend nur innerhalb ausgewiesener Wasserschutzgebiete (WSG) vorgesehen. Das LWG überlässt es aber den einzelnen Kommunen, Dichtheitsprüfungen auch außerhalb von WSG vorzuschreiben. Der BUND NRW hält eine flächendeckende Dichtheitsprüfung zur Feststellung undichter Kanäle für unbedingt er-

forderlich. Verschiedene Modelluntersuchungen im Bundesgebiet haben eine Undichtigkeitsquote von bis zu 60 Prozent ergeben. Boden und Grundwasser dürfen aber nicht als überdimensionaler Bioreaktor für den Abbau der organischen Belastung inklusive Bakterien und Viren des Abwassers und die Vielzahl von kaum abbaubaren, toxikologisch relevanten Mikroverunreinigungen z.B. aus Medikamenten und Reinigungsmitteln dienen. Zudem führt der Eintrag von Grundwasser in undichte Kanäle - sog. Fremdwasser - zu einem zusätzlichen Kostenaufwand auf der Kläranlage und damit zu unnötig höheren Abwassergebühren. Um in den Kommunen vor Ort Druck zu machen hat der BUND-Landesarbeitskreis Wasser ein Musteranschreiben an die Kommune und eine Musterpressemitteilung vorbereitet und bittet darum, sich an der Kampagne zu beteiligen.

Alle Infos: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wasser; Kontakt: Dr. Manfred Dümmer BUND-Landesarbeitskreis Wasser, manfred.duemmer@gmx.de

Stillstand beim Tierschutz - Schnabelkürzen ist Normalfall

Die Haltungsbedingungen in den heimischen Putenmastanlagen sind unverändert miserabel. Fast alle Puten in NRW werden nicht tiergerecht in Intensivmast gehalten, die Ställe sind durchweg zu eng, es fehlt den Tieren an Auslauf, und ihre Schnäbel werden gekürzt. Dies ist das zentrale Ergebnis einer erneuten Recherche des BUND NRW zur Situation in den Putenmastanlagen im Lande.



Bereits in den Jahren 2003 und 2008 hatte der BUND gravierende Missstände aufgezeigt. Seit mehr als 10 Jahren fordert der BUND die Einführung klarer, rechtsverbindlicher Mindeststandards für die Putenhaltung und die Beendigung des Schnabelkürzens. Die aktuelle Recherche belegt, dass trotz langjährig bekannter und von den Amtsveterinären immer wieder bestätigter haltungs- und zuchtbedingter Gesundheitsschäden und Eingriffen an den Puten beim Tierschutz kompletter Stillstand herrscht.

Besonders problematisch ist die unverändert hohe Besatzdichte in den Ställen. Viel zu viele Tiere auf engem Raum und eine Extremzucht mit völlig unnatürlicher, schneller Gewichtszunahme führen dazu, dass die an sich lauffreudigen Tiere in der Endphase der Mast immer länger und dicht beieinander am Boden liegen. Die Einstreu kann dann kaum noch gewechselt werden und verkotet; die Tiere bepicken sich in Folge der Monotonie oft gegenseitig und fügen sich dabei Verletzungen zu. Weitere Folge sind schmerzhafte Skelettkrankheiten.

Dass in der Praxis fast allen Puten die Schnäbel gekürzt werden, ist ein Armutszeugnis für die Geflügelwirtschaft. Der BUND sieht hierin eine systematische Aushöhlung des Tierschutzgesetzes, das diesen Eingriff grundsätzlich untersagt und nur für begründete Ausnahmefälle befristet zulässt. Die BUND-Recherchen belegen, dass die Ausnahme zum Regelfall wird - ermöglicht auch durch ein fragwürdiges Vorgehen der Veterinärbehörden bei der Erteilung von Erlaubnissen.

Der BUND fordert Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt dazu auf, nun zügig die Versäumnisse seiner Amtsvorgänger zu beheben und die Putenhaltung in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung aufzunehmen, so wie es für Masthühner und Schweine seit Jahren der Fall ist, und legt dazu eigene Eckpunkte vor. Qualzuchten wie die Pute ‚BIG 6‘ sind zu verbieten.

Der BUND hat NRW-Landwirtschaftsminister Johannes Rimmel darum gebeten, den Kreisveterinärämtern für die Erteilung von Erlaubnissen zum Schnabelkürzen klare Vorgaben zu machen. Zu begrüßen ist der Beschluss des NRW-Landtags, der die Landesregierung dazu auffordert, die Haltungsbedingungen für Puten auf Landes- wie Bundesebene zu verbessern und das Schnabelkürzen einzudämmen. Allein: Umgesetzt wurde bislang noch nichts.

Ralf Bilke

... ist Agrarreferent des BUND NRW und Autor der Studie

Hintergrund

Bei seiner Recherche wandte sich der BUND an jene 12 Kreise in NRW mit der größten Anzahl an Putenmastanlagen und erfasste dabei die Haltungsbedingungen von rund 80-90 Prozent der in NRW gehaltenen Mastputen. Abgefragt wurden die Haltungsbedingungen in den Kreisen Kleve, Warendorf, Borken, Gütersloh, Wesel, Coesfeld, Soest, Steinfurt, Euskirchen, Paderborn sowie im Hochsauerland-Kreis und Rhein-Erft-Kreis.



Das Hintergrundpapier „Putenhaltung in NRW - Ergebnisse einer BUND-Recherche 2013 / 2014“ steht unter www.bund-nrw.de als Download zur Verfügung. Der Autor der Studie, Ralf Bilke, steht für Rückfragen gerne zur Verfügung (ralf.bilke@bund.net).

Verwerten statt entsorgen


BUND-Handy-Sammlung

Nach aktuellen Studien liegen derzeit etwa 100 Millionen ungenutzte Mobiltelefone in deutschen Haushalten, Tendenz steigend. Jedes dieser Mobiltelefone enthält wertvolle und teils sehr seltene Rohstoffe, die recycelt werden können. Das Recycling ist angesichts des Rohstoffabbaus, der häufig unter inhumanen Bedingungen stattfindet und mit erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden ist, eine wichtige Aufgabe. Daher will der BUND das Recycling mit einer Handy-Sammlung unterstützen und forcieren. Zudem bietet dies eine gute Möglichkeit, um auf die leider noch zu wenig bekannte Gesundheitsgefährdung hinzuweisen, die von der elektromagnetischen Strahlung der Mobiltelefone ausgeht.

In Partnerschaft mit Mobile-Box besteht nun die Möglichkeit, gebrauchte Handys einer umweltgerechten Verwertung zuführen zu lassen. Mobile-Box ist ein beim Kölner Umweltamt gemeldetes Rücknahmesystem für gebrauchte Mobiltelefone. Handys können in Köln seit 2013 unter anderem in Biosupermärkten abgegeben werden. Zurückgenommene Geräte werden bei dem zertifizierten Recycling-Unternehmen Coolrec RDE erstbehandelt und nach einer vollständigen Datenlöschung stofflich verwertet – also recycelt und dem Rohstoffkreislauf wieder zugefügt. Sollten unter den zurückgenommenen Handys vollfunktionsfähige und aktuelle Modelle wie Smartphones sein, werden diese innerhalb Deutschlands wieder in Umlauf gebracht – dies entspricht einem der zentralen Grundsätze des Kreislaufwirtschaftsgesetzes „Wiederverwendung vor Verwertung“. 50 Prozent der Erlöse werden an den BUND NRW gespendet, die übrigen 50 Prozent werden für die Durchführung und Organisation der Rücknahme benötigt.

Wer mitmachen möchte, schickt einfach eine kurze E-Mail an den BUND NRW oder Mobile-Box. Die BUND-Kreisgruppe erhält daraufhin ein Recycling-Paket mit Versandtasche für die Zusendung der Mobiltelefone. Weitere Informationen zur Rücknahme und zum allgemeinen Ablauf sind jeder Sendung beigelegt. Alte Handys können auch persönlich per Briefversand an Mobile-Box geschickt werden.

Eric Schumacher, Till von Pidoll

 www.mobile-box.eu

BUNDaktiv



Foto: BMobile Box

BUND auf Heldenmarkt

Beim Heldenmarkt, der Messe für nachhaltigen Konsum in Bochum, zeigte der BUND vom 21.-23. März viele Beispiele und Möglichkeiten auf, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern - als Konsument oder als Mitspieler für eine zukunftsfähigere Politik und nachhaltiges Wirtschaften. Auch ganz praktisch probierten über 100 Besucher in einem Upcycling-Workshop selber aus, wie aus vermeintlichem Abfall einfach Neues, Praktisches und Schönes entstehen kann: Aus Tetrapacks wurden Geldbörsen und Flechtkörbchen gebastelt und aus leeren Plastikflaschen entstanden eigene Beete für das Küchenfenster. Organisiert und betreut wurde der Stand gemeinsam vom BUND Bochum, dem Landesarbeitskreis Klimawandel und nachhaltige

Entwicklung sowie der Bildungsoffensive BUND und der BUNDjugend. (bl)



Foto: BUNDjugend

Neue BUND-Gruppe Soest/Welver gestartet

Der Umwelt- und Naturschutz im Kreis Soest erhält Verstärkung: Zu Jahresbeginn gründete sich die neue Ortsgruppe Soest/Welver. Unter der Leitung von Werner Lindken (Vorstand Kreisgruppe Soest) tauschten die Mitglieder und Gäste eine Fülle konkreter Ideen für die BUND-Aktivitäten vor Ort aus und wählten ein kleines Vorstandsteam. Ob Umweltbildung in der Soester ‚Natuuroase‘, das Heckenprojekt in Welver oder der BUND-Zukunftswald in Ostönnen: Es gibt viele Möglichkeiten, mitzumachen und neue MitstreiterInnen und weitere Ideen sind ausdrücklich willkommen! Mit dabei waren auch der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht und viele weitere BUND-Aktive aus dem Kreis Soest. Gemeinsam wünschten sie dem frisch gewählten Vorstand gutes Gelingen. (rb)

Kontakt: Birgit Langner, birgit.langner@bund.net



Foto: A. Schamp

Von Schmetterlingen bis Energiewende – der BUND bildet

Seit Januar 2013 läuft die „Bildungsoffensive BUND“, ein von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördertes Projekt zur Qualifizierung der ehrenamtlich Aktiven. Ein zentraler Baustein ist ein umfangreiches Bildungsprogramm in Form von Fortbildungen, Workshops und Exkursionen. Nach den ersten erfolgreichen Veranstaltungen in 2014 ziehen die Projektleiterinnen Bettina Labesius und Mareike Kursawe ein positives Fazit.


Auf besonders große Resonanz stieß das Seminar „Windkraft und Naturschutz“. Im Anschluss an die Darlegung der aktuellen politischen Entwicklung und der daraus resultierenden Konfliktsituation durch Fachreferenten des BUND stellte Dr. Ernst-Friedrich Kiel vom NRW-Umweltministerium den Leitfaden zur Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen vor. Klaus Schulze Langenhorst vom Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) schilderte seine Sicht der Dinge. Am Ende der Tagung waren sich die Anwesenden einig, dass es Wege für eine naturverträgliche Energiewende gibt, aber das Thema weiter konstruktiv-kritisch vom BUND NRW begleitet werden muss.

Im Februar-Workshop stand die BUND-Bildungsarbeit vor Ort im Fokus. BUND-Aktive brachten ihre eigenen Ideen für neue Bildungsprojekte zu Papier und kamen der Antragstellung damit ein gutes Stück näher. So entwickelte beispielsweise die Ortsgruppe Westvest das Projekt „Der Rennbach – ein Fall für die BUND-Umweltreporter“. Wer sich für die Juwelen der Lüfte interessiert, war in dem Seminar „Abenteuer Faltertage“ richtig aufgehoben. Hier lernten die Teilnehmenden nicht nur Wissenswertes über das Leben und den Schutz von Schmetterlingen, sondern auch, wie sie ihr Wissen ansprechend an Kindergruppen oder in Familienexkursionen weitergeben können. In der „Werkstatt praktische Umweltbildung“ konnten die Aktiven ihr Wissen noch vertiefen. An zwei Wochenenden erhielten sie durch erfahrene Umweltbildnerinnen einen Einblick in verschiedene Lernorte der Umweltbildung und entwickelten und erprobten nach vielen Anregungen ihr eigenes Bildungsangebot. (bl)

 www.bund-nrw.de/bildungsoffensive



Foto: BUNDjugend

 Der aktuelle BUND-Jahresbericht 2013 bietet einen Überblick über die landespolitischen Aktivitäten und Erfolge. Download unter www.bund-nrw.de/publikationen/bund_nrw_jahresbericht/

